

SITZUNG VOM

6. Dezember 2010

P R O T O K O L L

der 4. Sitzung

Datum: Montag, 6. Dezember 2010

Zeit: 18.00 bis 21.35

Ort: Singsaal Lättenwiesen

Vorsitz: Vizepräsident Roman Schmid

Protokoll: Ratssekretär Willi Bleiker

Anwesend: 30 Mitglieder

Entschuldigt: Hacı Pekermann (Ausbildung)
Amr Abdel Aziz (geschäftlich, Ausland)
Konrad Fiechter (geschäftlich, Ausland)
Andrea Taurian (berufliche Abwesenheit)
Stefan Fehr (krank)

Abwesend: Urs Wagner

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 3. Sitzung vom 1. November 2010
3. Informationen über die Schulraumbedarfsplanung durch Stadtrat H. Zolliker
4. Krankenhausverband Zürcher Unterland (KZU) - Baurecht mit Kanton Zürich für Pflegezentrum Embrach
5. Amtliches Publikationsorgan - Bestimmung für die Jahre 2012-2015
6. Frei- und Hallenbad Bruggwiesen - Gesamterneuerung der Lüftungsanlage
7. Genehmigung Voranschlag 2011 und Festsetzung des erforderlichen Steuersatzes

1. Mitteilungen

1.1 Rücktritt Andrea Taurian (SVP)**B5.1.3**

Andrea Taurian (SVP) hat ihren Rücktritt aus beruflichen Gründen auf Ende 2010 bekannt gegeben, was vom Bezirksrat bereits bestätigt wurde. Vizepräsident Roman Schmid bedankt sich bei Andrea Taurian, die für die heutige Sitzung verhindert ist, für ihre Arbeit.

1.2 Eingegangene Post**B5.1.1**

Das Büro hat vom Stadtrat ein Schreiben erhalten mit Hinweisen zum Ratsbetrieb. Dieses wird heute aufgelegt und kann von den Ratsmitgliedern direkt bezogen werden.

2. Protokoll der 3. Sitzung vom 1. November 2010

Rolf Wehrli (JSVP) weist darauf hin, dass beim Punkt 5 bei der Ersatzwahl der Wahlbüromitglieder Der Begriff Ratspräsident statt Ratsvorsitzender steht. Dies wird im Protokollbuch geändert. Das Protokoll wird genehmigt und verdankt.

3. Information Schulraumplanung durch Stadtrat Hans Zolliker**B5.1.2**

Stadtrat Hans Zolliker erläutert die Schulraumbedarfsplanung der kommenden Jahre und zeigt die Entwicklung der Schülerzahlen auf. Fragen aus dem Rat werden von ihm beantwortet. Roman Schmid bedankt sich für die Ausführungen.

Der Ratsvorsitzende Roman Schmid lädt Otto Peyer (FDP) ein, jetzt die abgegebene, thematisch passende Erklärung der FDP-Fraktion zu verlesen.

Otto Peyer verliest die Erklärung zum Streik der Lehrerschaft vom 24.11.2010:

Sehr geehrter Ratspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen

Am 24.11.2010 haben die Lehrer im Kanton Zürich die Arbeit für 1 Stunde niedergelegt, oder man kann auch sagen sie haben gestreikt. Mit von der Partie waren ebenfalls die Lehrer aus unserer Gemeinde. Man hielt eine Personalversammlung ab, um über die Belastung der Lehrerschaft zu diskutieren und um Lösungsvorschläge in einer Zentrale entgegen zu nehmen.

Die FDP Opfikon nimmt solche Massnahme mit grossem Befremden zur Kenntnis. Es kann nicht sein, dass Lehrer, die Vorbilder für unsere Schüler sind, Streik als Mittel zur Lösungsfindung aufzeigen. Unstimmigkeiten im Arbeitsverhältnis mit dem Kanton gehören nicht ins Schulzimmer. Eine Machtdemonstration durch Arbeitsniederlegung verurteilt die FDP auf schärfste.

Ich habe mich gewundert, dass unser Schulpräsident diese Massnahme einfach totgeschwiegen hat beziehungsweise seine Meinung dazu nicht öffentlich gemacht hat. Es kann nicht sein, dass man zu einer solchen Aktion nicht öffentlich Stellung nimmt. Wir Bürger wollen doch wissen wie unsere Volksvertreter zu einer solchen Aktion stehen. Wenn man nichts sagt, könnte man interpretieren, dass man mit diesem Streik einverstanden sei.

Ich bitte unseren Schulpräsidenten ebenfalls zu Kenntnis zu nehmen, dass man erst vor Kurzem die Besoldung der Lehrerschaft neu geregelt hat und zurzeit ein Entlastungsprogramm im Kanton in Ausarbeitung ist. Wir von der FDP interessieren uns sehr wie der Schulpräsident und die Schulpflege sich zu dieser Aktion stellen.

4. Krankenhausverband Zürcher Unterland (KZU) - Baurecht mit Kanton Zürich für Pflegezentrum Embrach

G 3.1.11

Tan Birlesik, Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, erläutert den Baurechtsvertrag des Krankenhausverbandes Zürcher-Unterland (KZU) mit dem Kanton Zürich für das Pflegezentrum Embrach. Über das Geschäft soll befunden werden, auch wenn die Verbands-Mehrheit dem Vertrag bereits zugestimmt hat.

Die GPK beantragt dem Gemeinderat mit 7:0 Stimmen, dem vorliegenden Dienstbarkeitsvertrag (Baurecht) für das Pflegezentrum Embrach mit dem Kanton Zürich mit einem jährlichen Baurechtszinsanteil von CHF 60'432 zuzustimmen.

Jörg Mäder ergänzt, dass die Anlage in Kloten ein Provisorium ist, das nach langer Betriebszeit endlich geschlossen werden kann. Der KZU hat die Personalsituation, die zu Diskussionen Anlass gab, bereinigt. Die Gemeinden unterzeichnen zurzeit die Verträge für die interkommunale Anstalt, wofür 1'500 Unterschriften notwendig sind. Die Gemeinden melden ihre Aufsichtsräte, die dann den Verwaltungsrat wählen.

Dem Antrag wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

4. Krankenhausverband Zürcher Unterland (KZU) - Baurecht
mit Kanton Zürich für Pflegezentrum Embrach

G3.1.11

Der Gemeinderat

- gestützt auf den Anträge des Stadtrates vom 24. August 2010 und der Geschäftsprüfungskommission vom 10. November 2010 sowie in Anwendung von Art. 35 Ziffer 3 der Gemeindeordnung -

B E S C H L I E S S T :

1. Der vorliegende Dienstbarkeitsvertrag (Baurecht) für das Pflegezentrum Embrach mit dem Kanton Zürich mit dem jährlichen Baurechtzinsanteil von CHF 60'432 wird bewilligt.
2. Mitteilung an:
 - Krankenhausverband Zürcher Unterland
 - Stadtrat
 - Vorsteher Gesundheit und Umwelt
 - Präsidialabteilung
 - Finanzabteilung

**5. Amtliches Publikationsorgan
Bestimmung für die Jahre 2012-2015**

O1.6.4

Tan Birlesik, Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, erläutert das Geschäft zum amtlichen Publikationsorgan. Er weist auf die Ziffer 2 des Vertrages mit dem Stadt-Anzeiger, der die Verlängerungsklausel beinhaltet, und beleuchtet die Geschichte der letzten Jahre. Er erklärt die Bedeutung des Stadt-Anzeigers und erwähnt den kürzlichen Verkauf des Anzeigers. Er bedankt sich bei Theophil Maag für die geleistete Arbeit in den letzten 55 Jahren.

Die GPK beantragt dem Gemeinderat mit 6:1 Stimmen, die Option zur Verlängerung des Vertragsverhältnisses (2012-2015) um weitere vier Jahre auszuüben.

Thomas Zähler, Mitglied der RPK, stellt für die SP-Fraktion den Antrag auf Rückweisung des Geschäftes mit folgender Begründung: Theophil Maag hat den Stadt-Anzeiger an die Lokalinfo AG von Walter Frey verkauft. Die SP begrüsst die Nachfolgeregelung. Sie hat aber Bedenken im Hinblick auf die freie Meinungsbildung.

Die SP-Fraktion beantragt die Rückweisung mit der Auflage, das Geschäft mit einer alternativen Vergabemöglichkeit und der Verkürzung der Vertragslaufzeit auf ein Jahr dem Gemeinderat nochmals vorzulegen. Damit sollen Erfahrungen gesammelt und Zeit für eine bessere Vertragslösung mit wöchentlicher Zustellung etc. gewonnen werden.

Stadtrat Paul Remund weist auf den Entscheidungsprozess hin, der auf der Abwägung der Vor- und Nachteile beruhte, was zum positiven Entscheid für die Verlängerung führte. Mit dem Verkauf der Zeitung fallen sogar noch einige Nachteile weg. Paul Remund setzt sich deshalb für die Unterstützung des GPK-Antrages ein.

Heinz Ehrensberger (SP) plädiert dafür, die Katze nicht im Sack zu kaufen, sondern den Vertrag aus Gründen der Vorsicht vorerst nur um ein Jahr zu verlängern.

Heinrich Eberhard (SVP) geht davon aus, dass aus juristischen Gründen der Vertrag so übernommen werden muss, wie er heute Gültigkeit hat, da es sich um eine Verlängerung handelt. Mit der Übernahme werden zudem wichtige Arbeitsplätze gesichert. Eine starke Einflussnahme des vielbeschäftigten Walter Frey ist kaum zu befürchten. Die Rückweisung wird deshalb abgelehnt.

Franziska Driessen (CVP) äussert Verständnis für die Befürchtungen der SP, hofft aber, dass die nächsten vier Jahre beweisen werden, dass diese unbegründet waren. Auf eine Rückweisung soll deshalb verzichtet werden.

Der Rückweisungsantrag wird mit 7:23 Stimmen abgelehnt.

Dem Antrag der GPK wird mit 23:7 Stimmen zugestimmt.

5. Amtliches Publikationsorgan Bestimmung für die Jahre 2012 - 2015 O1.6.4

Der Gemeinderat

- gestützt auf Art. 36, Ziff. 7, sowie aufgrund der Anträge des Stadtrates vom 24. August 2010 und der Geschäftsprüfungskommission vom 10. November 2010 -

B E S C H L I E S S T :

1. Der Verlag Theophil Maag AG (Stadt-Anzeiger) wird für die Periode vom 1. Januar 2012 - 31. Dezember 2015 zum amtlichen Publikationsorgan der Stadt Opfikon bestimmt.

2. Mitteilung an:

- Verlag Theophil Maag AG, Rietgrabenstrasse 84, 8152 Opfikon
- Stadtrat
- Katholische Kirchenpflege
- Reformierte Kirchenpflege
- Schulpflege Opfikon
- Politische Parteien
- Stadtkanzlei

**6. Frei- und Hallenbad Bruggwiesen - Gesamterneuerung
der Lüftungsanlage - Kreditbewilligung****L2.2.7**

Josef Gander, Sprecher der Geschäftsprüfungskommission, erläutert die Kreditbewilligung der Lüftungsanlage der Badanlage Bruggwiesen und weist unter anderem auf den Vorteil der integrierten Gebäudeautomation mit entsprechenden Energieeinsparungen hin.

Die RPK beantragt dem Gemeinderat einstimmig (5:0) für die Gesamterneuerung der Lüftungsanlagen des Frei- und Hallenbades Bruggwiesen einen Kredit von CHF 450'000 zu Lasten der Investitionsrechnung 2011, Konto-Nr. 611.5030.105, zu bewilligen.

Stadtrat Valentin Perego bedankt sich für den RPK-Antrag und weist darauf hin, dass die Lüftung zurzeit nur noch teilweise funktioniert. Die Abklärungen zum System wurden sehr genau gemacht. Die Anlagen im Bad werden gemäss bekanntem Vorgehen weiterhin regelmässig erneuert.

Richard Muffler stellt im Namen der SVP-Fraktion einen Rückweisungsantrag. Richard Muffler hat vertiefte Abklärungen gemacht und ist mit den Resultaten in Bezug auf die Energieeinsparung nicht zufrieden. Zudem wäre eine Reparatur mit Ersatz von Kompressoren und Steuerung möglich. Eine entsprechende Offerte einer renommierten Firma liegt vor und beläuft sich auf CHF 37'160. Verschiedene Geräte laufen im Bereich Wärmerückgewinnung seit Jahren nicht. Richard Muffler stellt deshalb einen Rückweisungsantrag mit dem Auftrag, die Anlage kostengünstig zu reparieren.

Stadtrat Valentin Perego ist erstaunt über das Vorgehen und die präsentierten Resultate. Er stützt sich auf die Fachkenntnisse des planenden Ingenieurs ab. Es geht nicht um Kleinreparaturen, sondern um eine Gesamtsanierung der Lüftungsanlage. Valentin Perego beantragt den Rückweisungsantrag abzulehnen und drängt auf eine rasche Sanierung.

Peter Bühler (FDP) weist auf höhere Energieeinsparungen des Bades Letten. Er zweifelt an den präsentierten Zahlen und schlägt vor, die Sanierung voranzutreiben.

Otto Peyer (FDP) ist ebenfalls überrascht über die grosse Differenz der Zahlen und hätte gerne eine sehr schnelle Prüfung der Differenzen, um rasch über die Vorgehensweise entscheiden zu können.

Heinz Ehrensberger (SP) macht darauf aufmerksam, dass eine bessere politische Kultur gepflegt werden soll. Er erachtet es als wichtig, dass Parteikollegen in den behandelnden Kommissionen informiert und unterstützt und nicht mit Gegenanträgen desavouiert werden. Fragen sollen rechtzeitig in die Kommissions-Prozesse einfließen.

Leo Wehrli (SVP) erläutert das Vorgehen der SVP und weist darauf hin, dass die Fragen erst zu einem relativ späten Zeitpunkt auftauchten und nicht mehr in die Kommission einfließen konnten.

Der Rückweisungsantrag erzielt ein Stimmenverhältnis von 15:15 Stimmen. Gemäss Artikel 34 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Gemeinderates entscheidet damit die Stimme des Ratsvorsitzenden:

Der Rückweisungsantrag ist mit 15:15 Stimmen aufgrund der Stimme des Ratsvorsitzenden angenommen.

7. Genehmigung Voranschlag 2011 und Festsetzung des erforderlichen Steuersatzes

F4.6.7

EINTRETENSDEBATTE

Der Präsident der Rechnungsprüfungskommission, Peter Bühler, erläutert den Voranschlag 2011, der vom Stadtrat am 5. Oktober 2010 verabschiedet und umgehend der Rechnungsprüfungskommission (RPK) zur Verfügung gestellt wurde.

Die RPK hat den Voranschlag 2011 ausführlich geprüft und dem Stadtrat 63 schriftliche Fragen (Vorjahr 43) zur Beantwortung übermittelt. Zusammen mit den Exekutiv-Mitgliedern und den Abteilungsleitern wurden die Antworten anschliessend diskutiert und ergänzt. Die RPK dankt allen Beteiligten für ihr grosses Engagement und für die erteilten mündlichen und schriftlichen Auskünfte.

Laufende Rechnung

Der Stadtrat kann bei gleich bleibendem Steuerfuss von 104 % für das Jahr 2011 ohne Vornahme zusätzlicher Abschreibungen im Gemeindegut einen Ertragsüberschuss von Fr. 5.7 Mio. präsentieren. Gegenüber dem budgetierten Ertragsüberschuss von Fr. 3.86 Mio. im Vorjahr bedeutet das eine Resultatverbesserung von Fr. 1.84 Mio. Zieht man allerdings die aktualisierte Hochrechnung 2010 zum Vergleich heran, ergibt sich eine negative Abweichung von Fr. 2.2 Mio.

Das Investitionsvolumen im Verwaltungsvermögen von Fr. 10.5 Mio. Franken kann durch den resultierenden Cashflow aus eigenen Mitteln finanziert werden (Selbstfinanzierungsgrad 101 %).

Die Budget-Hochrechnung für das laufende Jahr 2010 rechnet mit einer Verbesserung gegenüber dem Voranschlag von ca. Fr. 4.1 Mio. Somit wird die Laufende Rechnung 2010 voraussichtlich mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 7.9 Mio. (VA: Ertragsüberschuss Fr. 3.8 Mio.) abschliessen. Die Verbesserung des Ergebnisses basiert vor allem auf Mehrerträgen bei den Steuern (+10.1 Mio.). Teilweise kompensiert werden diese Erträge durch tiefere Buchgewinne aus nicht realisierten Land-, Liegenschaftenverkäufen (-5.3 Mio.) und durch Mehraufwendungen im Sozialamt (-1.2 Mio.)

Gemäss Finanzplanentwurf werden für die Jahre 2010/2014 Cashflows von 61.6 Mio. Franken prognostiziert. Das Investitionsprogramm weist ein Gesamtvolumen von 48.0 Mio. Franken auf. Der daraus resultierende Selbstfinanzierungsgrad (128 %) zeigt, dass die geplanten Investitionen im Verwaltungsvermögen aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Mit „Vermeidung einer Nettoschuld“ kann die finanzpolitische Zielsetzung im Vergleich zum Vorjahr (Nettoschuld maximal 30 Mio. Franken) normalisiert werden, da die allgemein befürchtete Finanzkrise mit sehr schwachen Wirtschaftsdaten nicht eingetreten ist.

Im Voranschlag 2011 ist beim Nettoaufwand einmal mehr die Schule mit Fr. 22.8 Mio. der einsame Spitzenreiter. Das sind Fr. 0.5 Mio. oder 2.2 % mehr als im Vorjahr. Externe Faktoren, welche die Schule gar nicht beeinflussen kann, tragen dazu bei. Das neue Volksschulgesetz verursacht wiederum Mehrkosten, welche leider nicht verhindert werden können.

An zweiter Stelle folgt erneut das Sozialamt mit Fr. 15.3 Mio. gegenüber Fr. 13.9 Mio. im Vorjahr (+9.4 %) und Fr. 13.2 Mio. (+15 %) gegenüber der Jahresrechnung 2009. Bei der gesetzlich wirtschaftlichen Hilfe (+1.2 Mio.) muss mit Mehraufwand gerechnet werden, da die Anzahl der Fälle steigen wird, für welche keine Rückerstattungen des Kantons mehr erfolgen. Gleichzeitig steigen die Aufwendungen in Folge erwarteter Zunahme an Sozialfällen. Ebenso werden Mehraufwendungen im Bereich der Zusatzleistungen als Folge der Zunahme an Anspruchsberechtigten auf Ergänzungsleistungen (+0.5 Mio.) erwartet. Das Alterszentrum Gibeleich wird voraussichtlich im Jahr 2011 im Gegensatz zum Vorjahresbudget einen Gewinn erwirtschaften (+0.4 Mio.). Die Tendenz beim Sozialamt ist nach wie vor steigend und damit natürlich äusserst unerfreulich. Eine Trendwende liegt in weiter Ferne. Nicht einmal von "Stagnation auf sehr hohem Niveau" kann mehr gesprochen werden. Wie bei der Schule ist auch beim Sozialamt vieles von Bund und Kanton bestimmt und lässt beinahe keinen Handlungsspielraum zu.

Bei den Bevölkerungsdiensten fallen unter dem Konto 3460.3610 (Öffentlicher Verkehr, Beitrag an Verkehrsverbund) die Kosten der Glattalbahn-Linie 10 ins Gewicht.

Der Beitrag an den ZVV beträgt Fr. 2.8 Mio. gegenüber „nur“ Fr. 2.2 Mio. im Voranschlag 2010 oder Fr. 1.9 Mio. in der Rechnung 2009. Dieser Beitrag wird in Zukunft nach Aufnahme der Linie 12 über Wallisellen bis zum Bahnhof Stettbach noch höher ausfallen.

Vergleich mit der Rechnung 2009

Peter Bühler stellt fest, dass wegen der anhaltenden Investitionstätigkeit sich wiederum hohe ordentliche Abschreibungen ergeben. Das Eigenkapital erhöht sich um den Ertragsüberschuss von Fr. 5.7 Mio. auf Fr. 54.6 Mio.

Personalaufwand

Im Vergleich zur Jahresrechnung 2009 ist eine Erhöhung von rund Fr. 0.7 Mio. oder +2.7 % (bzw. +1.6 % im Vergleich zum Voranschlag 2010) zu verzeichnen. Innerhalb des budgetierten Personalaufwandes beträgt die Lohnsumme ca. Fr. 21.1 Mio., was einem Anteil von 78.4 % entspricht. Der Rest beinhaltet feste Entschädigungen, Tag- und Sitzungsgelder, Sozialversicherungsbeiträge (AHV, ALV, BVG, UVG), Aushilfsentschädigungen, Vikariate sowie Aus- und Weiterbildungskosten.

Die Veränderung im Vergleich mit der Rechnung 2009 wird wie folgt begründet: Die im Budget 2011 eingerechnete Besoldungsanpassung per 1. Januar 2011 von 1.0 % (auf effektiver Lohnbasis 2010) wurde gemäss Antrag des Lohnausschusses vom Stadtrat bewilligt. Zudem ist die am 06.10.2009 vom Stadtrat bewilligte Lohnquote von 1.0 %, die im Dezember 2009 vom Gemeinderat auf 0.5 % korrigiert wurde, für die definitiven, individuellen Stufenanstiege per 1. Januar 2010 zu berücksichtigen.

Im Voranschlag 2011 ist wie auch im Vorjahr 2010 keine Teuerungszulage eingestellt. Zu beachten ist, dass diese weiterhin dem festgelegten Ansatz des Regierungsrates des Kantons Zürich für das Staatspersonal entsprechen wird.

Gemeindesteuern

Im Vergleich der Budgets 2010 und 2011 ist von höheren Steuererträgen im Rechnungsjahr (+7.1 Mio.) sowie den Steuern aus früheren Jahren (+5.5 Mio.) auszugehen. Ebenso sind Mehrerträge aus dem Bereich Quellensteuern (+1.0 Mio.), den Steuerausscheidungen (+1.1 Mio.) und den Grundstückgewinnsteuern (+1.0 Mio.) budgetiert.

Bei den ordentlichen Steuern im Rechnungsjahr werden Fr. 47.6 Mio. ausgewiesen. Das sind Fr. 7.1 Mio. mehr als im Voranschlag 2010 und Fr. 3.7 Mio. mehr als in der Rechnung 2009. Sowohl bei den natürlichen (+0.6 Mio.), als auch bei den juristischen Personen (+6.5 Mio.) wird mit einem Mehrertrag gerechnet.

Bei den ordentlichen Steuern aus früheren Jahren ist vor allem bei den juristischen Personen mit einem Mehrertrag aufgrund von definitiven Einschätzungen zu rechnen.

Der Ertrag bei den Quellensteuern liegt mit Fr. 3.2 Mio. gegenüber der Rechnung 2009 mit Fr. 4.4 Mio. um Fr. 1.2 Mio. tiefer, weil das Steuerpotenzial der Quellensteuerpflichtigen eventuell abnimmt. Die Quellensteuern im Voranschlag 2010 dürften hingegen zu tief eingeschätzt worden sein.

Die Aktiven Steuerauscheidungen nehmen wieder zu. Waren es in der Rechnung 2009 noch Einnahmen von Fr. 3.6 Mio., wird sich dieser Betrag bereits im Voranschlag 2010 auf Fr. 4.4 Mio. und nun für 2011 nochmals, auf Fr. 5.5 Mio. erhöhen. Im Kommentar steht als Begründung: 'Die Milliardenverluste relevanter Finanzinstitute im Geschäftsjahr 2008 beeinflussen den zu erwartenden Steuerertrag 2011 abermals negativ, doch ist mit einer Erholung der restlichen Wirtschaft zu rechnen.'

Finanzausgleich

Das voraussichtlich per 01.01.2012 in Kraft tretende neue Finanzausgleichsgesetz hat zur Folge, dass die tatsächliche Abschöpfung eines Rechnungsjahres jeweils zwei Jahre später erfolgen wird. Auf der Basis des hochgerechneten Steuerertrags 2011, der geschätzten Einwohnerzahl sowie einer angenommenen relativen Steuerkraft (kantonales Mittel) und unveränderter, übriger Berechnungsfaktoren resultiert somit im Jahr 2013 eine Ablieferung über Fr. 1'483'000. Für diese Abschöpfung wird im Rechnungsjahr 2011 periodengerecht eine Rückstellung gebildet.

Selbsttragende Institutionen

Die Abwasserbeseitigung rechnet wie im Vorjahr mit einem Betriebsrückschlag (= Verlust) von diesmal Fr. 152'800.--. Die ordentlichen Abschreibungen betragen Fr. 286'000.--, dies sind Fr. 133'000.-- weniger als im Voranschlag 2010.

Die Abfallbeseitigung weist einen Betriebsrückschlag von Fr. 220'940.-- aus. Die ordentlichen Abschreibungen betragen Fr. 100'000.-- (Fr. 68'000.-- mehr als im VA10) Zudem wurden zusätzliche Abschreibungen von CHF 175'000.-- vorgenommen.

Investitionsrechnung

Verwaltungsvermögen

Peter Bühner hält fest, dass der Stadtrat in der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen für 2011 Nettoinvestitionen von Fr. 10.5 Mio. (Vorjahr Fr. 14.0 Mio.) budgetiert.

Die steuerfussrelevanten Investitionen (Gemeindegut) betragen Fr. 10.1 Mio. gegenüber Fr. 14.1 Mio. im Voranschlag 2010. Sie reduzieren sich damit um Fr. 4.0 Mio. Im Vergleich mit den hochgerechneten Nettoinvestitionen 2010 erhöhen sie sich jedoch um Fr. 0.4 Mio.

Der grösste Teil der im Jahr 2011 geplanten Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen (Fr. 10.5 Mio.) betrifft wiederum die Liegenschaftenverwaltung mit Fr. 7.4 Mio. Der geplante 2. Pavillon in der Schulanlage Halden und die damit verbundenen Anpassungen im Trakt F (Fr. 2.2 Mio.) ist die grösste Position. Dieser Kredit ist noch nicht bewilligt. Es ist gut möglich, dass dieses Projekt noch einmal verschoben wird. Diverse weitere Sanierungsarbeiten sind im Frei- und Hallenbad Bruggwiesen (Fr. 1.36 Mio.) und in der Sportanlage Au (Projektierungskredit Fr. 0.5 Mio.) vorgesehen.

Die Nettoinvestitionen in der Gesundheitsabteilung fallen höher aus als im Vorjahr. Investitionsbeiträge an den Kreisspital Bülach betragen ca. Fr. 1 Mio. Diese Zahlen sind den Angaben des Spitals entnommen. Grössere Investitionen werden bei den Unterflur-Sammelstellen mit Fr. 0.8 Mio. getätigt.

Die höchsten Ausgaben im Bauamt sind für den Unterhalt der Müllackerstrasse Nord inkl. Kanalisation mit Fr. 0.9 Mio. und für den Umbau der Glatthofkreuzung in einen Kreisel mit Fr. 0.7 Mio. (Zustand 90 % per Ende 2011) budgetiert.

Das abschreibbare Verwaltungsvermögen (inkl. Spezialfinanzierte Bereiche) wird Ende 2011 Fr. 43.9 Mio. betragen. Trotz Abschreibungen von Fr. 5.2 Mio. (inkl. Fr. 0.2 Mio. zusätzliche Abschreibungen) wird sich der mutmassliche Buchwert des gesamten Verwaltungsvermögens aufgrund der nach wie vor hohen Nettoinvestitionen um Fr. 5.3 Mio. gegenüber der Hochrechnung 2010 von Fr. 46.4 Mio. auf Fr. 51.7 Mio. erhöhen.

Finanzvermögen

In der Investitionsrechnung im Finanzvermögen stehen diverse Investitionsausgaben in der Höhe von Fr. 15.8 Mio. den Einnahmen von insgesamt Fr. 14.8 Mio. gegenüber und ergeben einen Ausgabenüberschuss von netto Fr. 1.1 Mio. für das Jahr 2011 (Vorjahr Einnahmenüberschuss Fr. 24.4 Mio.).

Verschiedene Gründe führen bei den geplanten Landverkäufen zu Verzögerungen und zur Verschiebung in spätere Jahre. Von den insgesamt 14 Konten unter dem Titel 950 Grundeigentum FV sind 8 mit einem K (= Kommentar) versehen. Erwähnenswert dabei sind:

Folgende zwei Verkäufe von nicht überbauten Liegenschaften sind geplant:

• Kat.-Nr. 8176	* Glattpark (Tausch für Landsicherung)	Fr. 7'670'000
• Kat.-Nr. 8205	* Glattpark (Tausch für Landsicherung)	Fr. 5'155'000
	TOTAL	<u>Fr. 12'825'000</u>

* Der Gemeinderat der Stadt Zürich wird voraussichtlich im Dezember 2010 über diesen Tauschhandel definitiv entscheiden.

Zudem sind zwei Verkäufe von überbauten Liegenschaften geplant:

• Kat.-Nr. 4169	Schaffhauserstrasse 127	Fr. 995'000
• Kat.-Nr. 7712	Bassersdorferstrasse 17	Fr. 925'000
	TOTAL	<u>Fr. 1'920'000</u>

Aus den oben genannten Verkäufen resultiert je ein provisorisch errechneter Buchgewinn beziehungsweise ein Buchverlust, welche in die Laufende Rechnung übertragen werden.

Zusammenfassend stellt die RPK fest, dass:

- der Voranschlag 2011 mit einem Ertrags-Überschuss von Fr. 5'713'620.-- abschliesst. Dies unter der Berücksichtigung, dass lediglich in der Spezialfinanzierung der Abfallbeseitigung zusätzliche Abschreibungen in der Höhe von Fr. 175'000.-- getätigt werden.
- im Vergleich zur Rechnung 2009 der Sachaufwand um Fr. 1.6 Mio. oder fast 10 % ansteigt und der Personalaufwand um Fr. 0.7 Mio. oder 2.7 % ebenfalls zunimmt.
- wie schon im Vorjahr wiederum keine Zahlung in den Finanzausgleich erfolgen wird.
- ein Cashflow (= Bruttoüberschuss oder Gewinn vor Abschreibungen) von Fr. 10.5 Mio. erwirtschaftet wird.
- der ordentliche Abschreibungsbedarf infolge der noch zu realisierenden grossen Investitionen nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau bleibt.
- die Investitionen im Verwaltungsvermögen mit Fr. 10.5 Mio. um Fr. 3.5 Mio. unter dem Wert des Voranschlages 2010 liegen. Insgesamt weist der Finanzplan für die Jahre 2010 - 2014 Investitionen von total Fr. 48 Mio. aus. Das heisst, dass 22 % des gesamten Investitionsvolumens der Finanzplan-Periode im Jahr 2011 vorgesehen sind.
- das Investitionsvolumen im Verwaltungsvermögen aus eigenen Mitteln aus der Laufenden Rechnung finanziert werden kann. Der Selbstfinanzierungsgrad (SFG) liegt bei 101 % (voraussichtlicher SFG 2010 gemäss Voranschlag 2010 von 62 %, korrigiert aufgrund der Hochrechnung 2010 auf 129 %).
- der Stadtrat für 2011 den Steuerfuss erneut auf 104 % festsetzen will.
- der Ertragsüberschuss von Fr. 5.713 Mio. dem Eigenkapital gutgeschrieben wird.

Die RPK ist der Meinung, dass:

- die finanzielle Lage der Stadt Opfikon mittelfristig verbessert wird, sofern sich die vom Stadtrat erwarteten Zahlen gemäss Finanzplan 2010 - 2014 bewahrheiten sollten.
- die Rückbildung des Fremdkapitals nicht vergessen werden darf, dass dies aber zum Glück aufgrund nach wie vor tiefer Sollzinsen auch nicht erste Priorität hat.
- auch das städtische Personal in Kenntnis der besseren Finanzlage der Stadt Opfikon profitieren soll, indem die Quote für Stufenanstiege/Lohnerhöhungen/Beförderungen (inkl. PULS-Lohnquote) von 1.0 % gewährt werden soll (Vergleich Kanton Zürich: 0.8 % für individuelle Lohnerhöhungen / weitere 0.4 % für individuelle Lohnerhöhungen aufgrund Rotationsgewinnen / zudem 0.2 % für Einmalzulagen).

- der neue Stadtrat alles daran setzen muss, dass die einmalig hohe Abschöpfung als Folge einer Übergangsbestimmung bei der Reform des Zürcher Finanzausgleichs (REFA) mit allen erdenklichen Mitteln verhindert werden kann.

Zum Schluss dankt Peter Bühler im Namen der RPK allen, die an der Erstellung und Vorberatung des Voranschlags mitgewirkt haben, insbesondere der Stadträtin und den Stadträten sowie den Abteilungsleitern. Ein spezieller Dank von Peter Bühler persönlich geht an Thomas Mettler, Leiter der Finanzabteilung, der den provisorischen Abschied in sehr verdankenswerter Weise in Bezug auf die Korrektheit der Zahlen minutiös überprüft hat.

Im Namen der RPK beantragt der Präsident der Rechnungsprüfungskommission auf den Voranschlag 2011 einzutreten.

Stadtrat Valentin Perego bedankt sich ebenfalls für die konstruktive Zusammenarbeit. Einige Zusatzerläuterungen werden abgeben. Das Jahr 2010 wird etwas besser als im Voranschlag ausfallen, wobei verschiedene Verschiebungen stattfinden. Es ist möglich, dass wieder Finanzausgleichszahlungen anfallen. Die Finanzlage ist noch nicht stabil genug. Der Voranschlag ist ausgeglichen mit einem leichten Ertragsüberschuss. Dieser ist aber mit Vorsicht zu geniessen, da sich die, im Vergleich zu anderen Gemeinden, optimistische Budgetierung erst noch bewahrheiten muss. Verschiedene künftige Belastungen oder Mindereinnahmen waren zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt: Beispiele: Sanierung der BVK, Teuerungsausgleich, Revision Lehrerbeseoldung, neue Pflegefinanzierung, Einführung der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde, bekämpfte Neuzuteilung der Spitalregionen, Unternehmenssteuerreform, unsichere Buchgewinne. Die aufgezählten Beispiele sollen vor zu viel Euphorie warnen. Valentin Perego ist für Eintreten.

Heinz Ehrensberger (SP) stellt fest, dass ein konservatives Budget vorliegt, das für Kontinuität spricht aber wenig Kreativität und keine unnötigen Ausgaben beinhaltet. Mit dieser Haltung kann auch eine allfällige künftige Krise sicherer überstanden werden. Bei einer Senkung des Steuersatzes resultieren zudem kaum merkliche Minderausgaben der Privaten (CHF 74 pro Jahr bei CHF 5'000 Monats-Einkommen, CHF 319 pro Jahr bei CHF 12'500 Monats-Einkommen). Bei den Firmen zählt ein stabiler, vorhersehbarer Steuersatz. Viel entscheidender sind aber die Lebensqualität und die Infrastruktur, wo Opfikon immer in den Spitzenrängen zu finden ist. In diesem Sinne ist die SP-Fraktion für Stabilität anstatt hü-hott und unterstützt den Voranschlag des Stadtrats. Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Leo Wehrli (SVP) dankt im Namen der SVP-Fraktion für die Arbeit. Er ist der Ansicht, dass Immer noch viel Fleisch am Knochen ist und auch dieses Jahr Reserven im Budget eingestellt sind. Sparwillen und Optimierungen sind nicht merkbar. Die Kosten steigen stetig. In verschiedenen Bereichen wie etwa dem Sozialamt, der Schule, dem Bauamt, der Gesundheit sind Optimierungen angezeigt. Das Investitionsvolumen ist immer noch hoch. Wettbewerbe, Landverkäufe und Steueraktivierungen werden als Massnahmen vorgeschlagen.

Mit Mut sollen die Kernaufgaben der Stadt definiert und mögliche Aufgaben an Private delegiert werden. Die Ausgaben sollen sich nach den Einnahmen richten. Der Steuerfuss ist um 8% senkbar. Die SVP verzichtet aber auf einen Antrag, da die Zusammenarbeit mit Stadtrat Valentin Perego von sehr viel Transparenz geprägt war. Der RPK-Antrag wird unterstützt mit der Hoffnung, dass dies auch ein Anreiz für den Zuzug guter Steuerzahler ist. Leo Wehrli bedankt sich bei der RPK und äussert sich für Eintreten.

Otto Peier (FDP) bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion bei der Verwaltung und der RPK. Die FDP sieht auch Einsparmöglichkeiten. Die Zahlen der sozialen Wohlfahrt schockieren. CHF 40 Mio. oder 33.7% der Steuereinnahmen werden verbraucht. CHF 6 Mio werden vom Kanton rückerstattet, womit CHF 34 Mio verbleiben. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren steigen die Zahlen stetig. Die Gemeinde muss dringend daran arbeiten, das Angebot an billigem Wohnraum zu vermindern. Ideen sind gefragt. Die Rahmenbedingungen sind zu ändern. Dies betrifft auch die Baueinschränkungen durch den Kanton. Investoren sollen gewonnen werden, die z.B. im Gebiet Rohr Dienstleistungsgebäude erstellen. Der Stadtrat wird eingeladen, die Sache ernsthaft anzugehen. Die FDP ist für Eintreten

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat. Eintreten ist unbestritten und somit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Peter Bühler beginnt die Erläuterungen zur Detailberatung mit der Laufenden Rechnung.

Laufende Rechnung

Die RPK hat die Laufende Rechnung gründlich durchforstet, um zusätzliche Einsparungen in der Höhe von knapp 1.2 Steuerprozenten (1 Steuerprozent = Fr. 457'700) generieren zu können.

Die in gutem Geist geführten Gespräche mit den einzelnen Stadtratsmitgliedern haben dafür gesorgt, dass bis auf zwei Kürzungen (WC-Anlage beim Kunstrassenfeld (Glattpark) und Unterhalt der Liegenschaft Dorfstr. 56) sämtliche Änderungen mit dem Einverständnis des Stadtrates erfolgt sind. Für diese Unterstützung, nach einer bereits vorgängig durchgeführten eigenen Sparrunde, möchte sich die RPK beim Stadtrat bedanken. Das Ergebnis der Änderungen sieht wie folgt aus: 10 Kürzungen und 7 Streichungen im Totalbetrag von Fr. 568'800.--.

Für die RPK ist es enorm wichtig zu zeigen, dass die Exekutive und Legislative gemeinsam nach Lösungen für die akuten Probleme suchen. Die RPK beantragt die nachstehend tabellarisch dargestellten Kürzungen im Einverständnis mit dem Stadtrat.

SITZUNG VOM

6. Dezember 2010

Seite	Kto Nr.	Objekt	Reduktion	Betrag neu
9	1020.3181.000	Gutachten und Expertisen	-Fr. 5'000	Fr. 0
12	1540.3650.003	Genossenschaft Theater Kt. Zürich	-Fr. 5'000	Fr. 14'000
21	3215.3180.001	Werbeaktionen (Internet)	-Fr. 5'000	Fr. 10'000
21	3215.3180.002	Spielnachmittage / Veranstaltungen	-Fr. 5'000	Fr. 30'000
23	3260.3650.020	Sportbeiträge Übrige (Markierung)	-Fr. 30'000	Fr. 0
23	3260.3650.021	Beitrag Bewegungswoche	-Fr. 6'000	Fr. 7'000
23	3280.3650.001	Verein Freizeitaktion	-Fr. 3'000	Fr. 21'000
25	3430.3112.001	Frischwasserspender	-Fr. 4'800	Fr. 12'300
56	6101.3142.005	Beleuchtung Lehrschwimmbecken	-Fr. 60'000	Fr. 24'000
61	6115.3140.002	Anstelle der Fassadenrenovierung ist eine Behandlung (Holzwurm) vorzunehmen	-Fr. 38'000	Fr. 7'000
64	6130.3140.002	Dorf-Träff, Stützmauer Garten	-Fr. 85'000	Fr. 0
64	6132.3140.002	Gartenanlage Wallisellerstr., Stützmauer	-Fr. 78'000	Fr. 0
68	6171.3144.000	Talackerstr. 64 Unterhalt Liegenschaften	-Fr. 50'000	Fr. 13'800
68	6177.3144.001	Oberhauserstr. 29 Unterhalt Liegenschaften	-Fr. 8'000	Fr. 12'000
68	6177.3144.002	Oberhauserstr. 29 (Bürokonzept)	-Fr. 56'000	Fr. 0

Nicole Lieberherr stellt Antrag, auf die Kürzung von Konto 3280.3650.001, Verein Freizeitaktion, zu verzichten. Sie verweist auf den Auftrag der Stadt und die Aufwendungen für Werkmaterial, Entschädigungen und Druckkosten von über CHF. 30'000. Die Aktivitäten sind nur möglich, dank viel Freiwilligenarbeit. Eine erste Kürzung um CHF 6'000 hat bereits stattgefunden. Das jährliche Defizit muss bereits heute durch Aktivitäten der Mitglieder und Mitgliederbeiträge gedeckt werden. Künftig werden zudem steigende Kosten (wachsende Einwohnerzahlen, Kurshonorare) erwartet. Die Streichung ist so gering, dass sie nicht zu effektiver Steuereinsparung führt, sondern als politischer Wille zur Eindämmung des Vereinslebens verstanden werden kann. Die Gemeinderäte werden gebeten, die Streichung abzulehnen und ein positives Signal für das Vereinsleben zu setzen.

Tan Birlesik (SVP) fragt nach den Vereinsbeiträgen, die zwar nach Reglement funktionieren aber nicht transparent genug sind. Er kritisiert die Vorstandsentschädigung der Freizyti. Er spricht sich für die RPK-Kürzung aus.

Der Antrag von Nicole Lieberherr (FDP) auf Verzicht der Kürzung des Beitrages an den Verein Freizeitaktion wird mit 22:6 bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

Dem Antrag der RPK für die Streichungen in der Laufenden Rechnung wird ohne weitere Wortmeldung zugestimmt.

Die RPK beantragt zwei weitere Kürzungsanträge, ohne das Einverständnis des Stadtrates:

Die RPK ist einstimmig mit 5:0 Stimmen der Ansicht, dass bei der WC-Anlage beim Kunstrasenfeld (Opfikerpark) ein WC Konzept erstellt werden muss. Die RPK beantragt einstimmig, das folgende Unterkonto zu streichen:

Seite	Kto Nr.	Objekt	Reduktion	Betrag neu
64	6135.3140.002	WC-Anlage beim Kunstrasenfeld Glattpark	-Fr. 90'000	Fr. 0

Stadtrat Tony Steiner begründet die Notwendigkeit einer WC-Anlage für die Sportanlagen. Stadtrat Valentin Perego weist darauf hin, dass der Park unterversorgt ist mit WC-Anlagen und die geplante Anlage für das Rasenfeld, den Park und den Glattbereich wichtig ist.

Der Rat stimmt der Streichung der WC-Anlage Kunstrasenfeld mit 23:7 Stimmen zu.

Im Weiteren ist die RPK einstimmig mit 5:0 Stimmen der Ansicht, dass bei der Liegenschaft Dorfstr. 56 ein Projekt zum Verkauf oder zur Totalsanierung vom Stadtrat ausgearbeitet werden soll und deshalb kein grösserer Unterhalt mehr ausgeführt werden soll. Die RPK beantragt einstimmig, das folgende Unterkonto zu streichen:

Seite	Kto Nr.	Objekt	Reduktion	Betrag neu
67	6161.3144.002	Dorfstrasse 56 (Kammermann)	-Fr. 40'000	Fr. 0

Stadtrat Valentin Perego erklärt, dass es sich bei diesem Betrag nicht um ein konkretes Vorhaben handelt, sondern dass damit der Stadtrat die Möglichkeit hat, im Bedarfsfall die dringendsten Arbeiten auszuführen. Damit soll die Bau-substanz erhalten, die Liegenschaft für den Verkauf intakt gehalten werden.

Der Rat stimmt der Streichung des Unterhaltsbetrages für die Dorfstrasse 56 mit 19:10 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

In der Zwischenabstimmung wird der Laufenden Rechnung einstimmig mit 30:0 Stimmen zugestimmt.

Investitionsrechnung VV

Peter Bühler erläutert, dass nach intensiv geführten Gesprächen mit dem Stadtrat vier Kürzungen und Streichungen bei der Investitionsrechnung VV von der RPK beantragt werden: Die Strassensanierung Talackerstrasse (Kreisel - Lättenwiesen), die Belagserneuerung der Lehrerparkplätze Lättenwiesen, die Belagserneuerung Zufahrt SA Lättenwiesen und die Umgestaltung Grünstreifen Friedhof. Zudem wurde anfangs November 2010 die effektive Gewinnverteilung DEZU durch den Deponiezweckverband mitgeteilt. Neu kann ein Gewinn über Fr. 1.25 Mio. budgetiert werden.

Die RPK ist einstimmig mit 5:0 Stimmen der Ansicht, dass sich die Talackerstrasse ab Kreisel Giebeleichstrasse bis Lättenwiesenstrasse in einem guten Zustand befindet und somit nicht saniert werden muss. Die RPK beantragt einstimmig, das folgende Unterkonto zu streichen:

Seite	Kto Nr.	Objekt	Reduktion	Betrag neu
79	202.5010.277	Strassensanierung Talackerstrasse (Kreisel - Lättenwiesen)	-Fr. 200'000	Fr. 0

Stadtrat Bruno Maurer erläutert, dass die Talackerstrasse sehr stark belastet ist (Bus etc.). Der Deckbelag wird 3 cm abgetragen und erneuert. Bereits bisher mussten Risse geflickt werden. Damit soll der Strassenkörper vor Frostschäden durch eintretendes Wasser geschützt werden. Mit der Sanierung sollte die Strasse weitere 20 Jahre ihren Dienst tun. Es besteht die Gefahr, dass später der ganze Deckbelag mit mehrfachen Kosten erneuert werden muss.

Der Rat stimmt der Streichung der Sanierung Talackerstrasse mit 19:10 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Im Weiteren ist die RPK einstimmig der Ansicht, dass der Belag für den PP Lättenwiesen in wirtschaftlich schlechteren Zeiten saniert werden kann und nicht dringend notwendig ist. Die RPK beantragt einstimmig, das folgende Unterkonto zu streichen:

Seite	Kto Nr.	Objekt	Reduktion	Betrag neu
83	610.5010.170	Erneuerung Belag PP Lättenwiesen	-Fr. 110'000	Fr. 0

Stadtrat Valentin Perego weist auf die starke Beschädigung der Beläge und die Behinderung des Unterhaltes hin. Diese Beträge sollen nicht aufgeschoben werden, damit diese Kosten nicht in wirtschaftlich schlechteren Zeiten getätigt werden müssen. Dies gilt auch für den nächsten Streichungsantrag. Diese Investitionen sind nur aufgeschoben und fallen allenfalls in einem ungünstigen Moment an.

Der Rat stimmt der Streichung der Belagserneuerung des PP Lättenwiesen mit 24:6 Stimmen zu.

Das gleiche gilt auch für den Belag für die Zufahrt Lättenwiesen. Auch da ist die RPK einstimmig der Meinung, dass die Sanierung keine Notwendigkeit hat. Die RPK beantragt also einstimmig, das folgende Unterkonto zu streichen:

Seite	Kto Nr.	Objekt	Reduktion	Betrag neu
83	610.5010.171	Belagserneuerung Zufahrt Lättenwiesen	-Fr. 80'000	Fr. 0

Stadtrat Valentin Perego verweist auf die vorherigen Argumente.

Der Rat stimmt der Streichung der Belagserneuerung der Zufahrt Lättenwiesen mit 25:4 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Die letzte Reduktion betrifft die Umgestaltung des Grünstreifens beim Friedhof. Die RPK beantragt einstimmig, den Betrag von Fr. 300'000 um Fr. 250'000.- zu kürzen. Der Grünstreifen sollte mit Fr. 50'000.- saniert und besser gepflegt werden. Wenn dieser Betrag grösser sein muss, möchte die RPK ein Projekt sehen, welches den Umfang der Sanierung detailliert aufzeigt. Die RPK beantragt einstimmig, das folgende Unterkonto um Fr. 250'000.- zu kürzen:

Seite	Kto Nr.	Objekt	Reduktion	Betrag neu
84	617.5010.151	Umgestaltung Grünstreifen Friedhof	-Fr. 250'000	Fr. 50'000

Stadtrat Valentin Perego betont, dass damit die Aufwertung des Friedhofareals entfällt. Er kann sich mit dem Vorschlag aber arrangieren.

Der Rat stimmt der Streichung der Umgestaltung des Friedhof-Grünstreifens mit 29:0 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

Peter Bühler weist auf die erfreuliche Situation hin, dass der budgetierte Ertrag aus der DEZU-Auflösung anstelle der Fr. 0,9 Mio. im Voranschlag sogar Fr. 1,25 Mio. betragen. Die RPK beantragt, dass dieser Betrag in den Voranschlag einfließt:

Seite	Kto Nr.	Objekt	Mehrertrag	Betrag neu
82	356.6220.104	Rückzahlung Dezu ist Fr. 1,25 Mio., im Voranschlag waren Fr. 0.9 Mio	Fr. 350'000	Fr. 1'250'000

Der Rat stimmt der Ergänzung des DEZU-Beitrages ohne Wortmeldung zu.

In der weiteren Diskussion werden weitere Anträge gestellt:

Leo Wehrli (SVP) stellt im Namen der SVP- Fraktion den Antrag aufgrund des im Vorhergehenden zurückgewiesenen Geschäfts (Traktandum 6), Frei- und Hallenbad Bruggwiesen - Gesamterneuerung der Lüftungsanlage, den im Budget enthaltenen Betrag unter Konto 611.5030.105, Investition Hallenbad, Ersatz Lüftung, von CHF 450'000 um CHF 350'000 zu kürzen und neu auf CHF 100'000 einzustellen.

Stadtrat Valentin Perego weist darauf hin, dass dies keinen Sinn macht, da das Geld ohne Bewilligung des Gemeinderates nicht genehmigt werden kann. Damit fiele aber die Möglichkeit für eine Sanierung noch im Jahre 2011 definitiv weg. Die vorgeschlagenen CHF 100'000 kann der Stadtrat zwar in eigener Kompetenz ausgeben, was für eine Sanierung aber nicht genügt.

Der Antrag von Leo Wehrli (SVP) auf Kürzung der Investition Ersatz Lüftung im Hallenbad wird mit 13:17 Stimmen abgelehnt.

Rolf Wehrli (SVP) erläutert, dass die SVP-Fraktion den Budgetbetrag für das Projekt Holzbrücke als Zwängerei erachtet, da schon mehrfach im Rat über dieses Thema diskutiert wurde. Daher stellt die SVP-Fraktion den Antrag, den im Budget unter Konto 323.5010.100 enthaltenen Betrag von CHF 70'000 ersatzlos zu streichen.

Stadtrat Tony Steiner erklärt, dass zuerst Geld investiert werden muss, um dann etwas Sinnvolles zu realisieren. Er weist darauf hin, dass durchaus der Weg probiert werden könnte, eine Brücke mit Sponsorengeldern zu realisieren, wie dies bei anderen Brücken möglich war (Uster, Hochstuckli). Eine Brücke über die Glatt ist allerdings unbedingt notwendig. Er bittet den Rat deshalb, das Geld für die Projektierung im Budget stehen zu lassen.

Auch Walter Grauf (CVP) fordert als Partei, die Brücken schlägt, den Betrag nicht zu streichen.

Der Antrag von Rolf Wehrli (SVP), den Betrag für das Projekt Holzbrücke (Konto 323.5010.100) zu streichen wird mit 12:16 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Richard Muffler (SVP) stellt im Namen der SVP-Fraktion aufgrund der vorhandenen Offerte vom 30.8.2010 (DECT-Telefonie im Alterszentrum Gibeleich) den Antrag, den im Budget unter Konto 450.5060.142 enthaltenen Betrag von CHF 130'000 um CHF 40'000 zu kürzen und neu auf CHF 90'000 einzustellen.

Stadträtin Beatrix Jud ist mit diesem Antrag einverstanden

Dem Antrag von Richard Muffler um Kürzung des Betrages auf Konto 450.5060.142, DECT-Telefonie, auf CHF 90'000 wird mit 22:1 Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

In der Zwischenabstimmung wird der Investitionsrechnung im Verwaltungsvermögen einstimmig mit 30: 0 Stimmen zugestimmt.

Investitionsrechnung Finanzvermögen (FV)

Peter Bühner weist darauf hin, dass über den Einnahmenüberschuss von netto Fr. 24.4 Mio. in der Investitionsrechnung im Finanzvermögen für das Jahr 2010 in der Eintretensdebatte bereits ausführlich informiert wurde. Die RPK beantragt bei der Investitionsrechnung im Finanzvermögen keine Änderung.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

In der Zwischenabstimmung wird der Investitionsrechnung im Finanzvermögen einstimmig mit 30:0 Stimmen zugestimmt.

Der Ratsvorsitzende Roman Schmid fragt nach weiteren Wortmeldungen zum Voranschlag. Dies ist nicht der Fall. Roman Schmid schreitet zur Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt dem Voranschlag in der Schlussabstimmung einstimmig mit 30: 0 Stimmen zu.

Steuerfuss für 2011

Peter Bühner weist darauf hin, dass die RPK in Bezug auf den Steuerfuss nicht gleicher Meinung ist wie der Stadtrat. Die RPK stellt den Antrag (4:1), den Steuerfuss um 5 % zu senken. Die RPK hat erkannt, dass die Steuereinnahmen im Jahr 2010 viel grösser sind als im Voranschlag 2010. Auch trotz Einsparungen (Kürzungs- bzw. Streichungsanträgen) durch die RPK und der immer noch sehr hohen Investitionen drängt sich momentan nur eine Steuerfussreduktion von 5 % auf.

Ob die Perspektiven des aktuellen Finanzplans 2010 – 2014 Tatsache werden, wird die Zukunft zeigen. Es ist jedoch nicht verboten, auf ein optimistischeres Szenario zu hoffen, so dass der neue Steuerfuss von 99 % auch über die nächsten Jahre bestehen bleiben sollte.

Die RPK stellt den Antrag (4:1), für das Jahr 2011 eine Gemeindesteuer von 99 % der einfachen Staatssteuer von CHF 45'770'000 zu erheben.

Stadtrat Valentin Perego stellt fest, dass für den Stadtrat eine Konsolidierung der Finanzhaushaltes wichtig ist. Mit der Beibehaltung des Steuerfusses von 104 % ist eine nachhaltige Sicherung des Haushaltes möglich. Ein Steuersatz von 99 % ist zwar legitim, aber um einiges risikoreicher. In vier Jahren fehlen damit Einnahmen von CHF 12 Mio. und eine Erhöhung des Reinvermögens wird zunichte gemacht. Es bleibt dann die Hoffnung auf bessere Zeiten. Der Stadtrat stellt den Antrag auf 104 % um den Anforderung eines ausgeglichenen Finanzhaushaltes gerecht zu werden und um verantwortungsvoll mit entsprechendem Sicherheitsdenken und mit Blick auf die angesprochenen noch nicht budgetierten Ausgaben zu handeln.

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen.

Dem Antrag der Rechnungsprüfungskommission für eine Gemeindesteuer von 99 % für das Jahr 2011 wird mit 20:10 Stimmen zugestimmt.

7. Genehmigung Voranschlag 2011 und Festsetzung
des erforderlichen Steuersatzes

F4.6.7

Der Gemeinderat

- gestützt auf die Anträge des Stadtrates vom 5. Oktober 2010 und der Rechnungsprüfungskommission vom 21. November 2010 und der Diskussion im Rat sowie gemäss Art. 35, Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

B E S C H L I E S S T :

SITZUNG VOM

6. Dezember 2010

1. Der Voranschlag der Stadt Opfikon für das Jahr 2011 wird - unter Berücksichtigung der vom Gemeinderat verabschiedeten Änderungen - genehmigt.
2. Für das Jahr 2011 wird eine Gemeindesteuer von 99 % der einfachen Staatssteuer erhoben.
3. Mitteilung an:
 - Stadtrat zum Vollzug
 - Schulpflege
 - Abteilungsleitende
 - Finanzabteilung (3 Originale)
 - Büro Gemeinderat

Schluss der Sitzung

Der Ratsvorsitzende Roman Schmid bedankt sich für die speditive Behandlung und wünscht schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Gegen die Geschäftsführung werden keine Einwendungen erhoben. Roman Schmid macht auf die Rekursmöglichkeiten gemäss § 151 des Gemeindegesetzes aufmerksam. Rekursinstanz ist der Bezirksrat Bülach, Bahnhofstrasse 3, 8180 Bülach.

Opfikon, 9. Dezember 2010

Für richtiges Protokoll
Der Ratssekretär:

Willi Bleiker

SITZUNG VOM

6. Dezember 2010

Protokoll geprüft:

Datum:

Der 1. Vizepräsident:
Roman Schmid

.....

Der 2. Vizepräsident:
Simon Bleiker

.....